

Strukturkonservativ oder rechtsextrem?

Zur „Duell in Magdeburg“ und „Zoff wegen 86 Cent“, FR-Politik vom 5. und 1. Dezember

86 Cent sind kein lächerlicher Betrag!

Nicht dass ich der AfD das Wort reden will, nichts liegt mir fern! Allerdings diesen Konflikt darauf zu reduzieren, dass 86 Cent ein lächerlicher Betrag seien, ist falsch. So stehen beispielsweise einem Sozialgeldempfänger, also Hartz IV u.s.w., laut Regelsatz derzeit 1,12 Euro monatlich für Bildung zur Verfügung. Da müssen sie lange sparen, bis sie sich z.B. eine Fachzeitschrift leisten können. Auch genießen sich die bundesdeutschen Behörden nicht, Bürgern z.B. bei einer Berechnungsdifferenz in Höhe von 15 Cent aufzufordern, die Kopie eines Kontoauszugs einzureichen. Allein die Aufforderung hierzu kostet den Staat weit mehr als 100 Euro, hinzu kommen die Kosten und die Zeit der Bürger. Machen sie also bitteschön den Betrag von 86 Cent nicht lächerlich oder engagieren sich offensiv dafür, dass sich in dieser Republik noch so manches ändert!

Dieser Betrag ist noch bescheiden

Ich fasse es nicht! Wegen 86 Cent riskiert die CDU in Sachsen-Anhalt die Koalition, rückt mißfelig an die AfD heran, und Innenminister Stahlknecht argumentiert patzig, der Osten sei beim Transformationsprozess in den Öffentlich Rechtlichen nicht angemessen abgebildet worden. Geht's noch? Das zu kommentieren fehlen mir die Worte.

Nur so viel, ins Stammbuch aller Gebührensahler: Ja, ARD/ZDF sind satt und bräsig, frischer Wind muss her, aber bedenkt auch, liebe Leute: Die Gebühren finanzieren nicht nur das Fernsehen, sondern auch alle Hörfunkprogramme, den Deutschlandfunk, die Deutsche Welle, ein Korrespondentennetz, Informationsquellen, die sich bis ins Internet niederschlagen. Da sind 86 Cent noch bescheiden.

Merve Hölter, Frankfurt

Das Programmangebot ist verbesserungswürdig

Der Autorin kann ich nur voll zustimmen! Die paar Cent mö-

gen bei den allgemeinen Preissteigerungen gerechtfertigt sein, aber wirklich steigerungsbedürftig ist das Programmangebot. Da ich überwiegend Nachrichten und andere informative Sendungen sehe, bleibt meine Mattscheibe meistens schwarz. Wenn ich die Nachrichten gesehen habe, brauche ich keine Krimis mehr. Die privaten (Piraten-) Sender sehe ich längst nicht mehr, weil mich die ständigen Werbeunterbrechungen stören.

Annegret Benz, Hamburg

Antisemitismus von Amts wegen

Dass das Chaos in der CDU Sachsen-Anhalt wegen der Erhöhung des Rundfunkbeitrags ausbricht, ist eigentlich eine Ironie des Schicksals. Vor zwei Monaten fand es der bisherige CDU-Innenminister Holger Stahlknecht bei seinem Auftritt in Dessau problematisch, dass die Polizei durch den Schutz jüdischer Einrichtungen daran gehindert werde, bei anderen Einsätzen rechtzeitig einzutreffen. Das war Antisemitismus von Amts wegen. Deutliche Worte des Entsetzens gab es damals in der sachsen-anhaltinischen Koalition und innerhalb der CDU nicht. Insofern wäre ein gemeinsames Nein von CDU- und AfD-Landtagsabgeordneten in Sachsen-Anhalt zur Erhöhung des Rundfunkbeitrags zwar einerseits unappetitlich, auf der anderen Seite aber entlarvend ehrlich. Siegfried Kowallek, Neuwied

Die Nagelprobe für das Verhältnis zur AfD

Der in der sachsen-anhaltinischen CDU zu Tage tretende Hang zum Rechtsextremismus hat sich schon vor gut zwei Monaten gezeigt, als Landesvorsitzender Holger Stahlknecht eine antisemitische Aussage zur angeblich von der Polizei vernachlässigt werdenden rechtzeitigen Präsenz bei anderen Einsätzen durch die Präsenz der Polizei beim Schutz jüdischer Einrichtungen tätigte. Jetzt führt Stahlknecht einen Feldzug gegen die Rundfunkgebührenerhöhung und wollte offenbar die Nagelprobe um das Verhältnis zur AfD machen. Das Interview in der

„Magdeburger Volksstimme“ legt schonungslos offen, welche Denkstrukturen bei Stahlknecht und anderen in der CDU vorliegen. So möchte er und viele andere in der CDU Sachsen-Anhalts vor allen Dingen auch Stimmung machen gegen moralisierende Intellektuelle. Fragt sich nur, wie die CDU es bei den moralischen Rudimenten, die ihr im Osten geblieben sind, begründen will, dass sie Lokalpolitiker mit Neonazi-Tattoos lange Mitglied sein lässt und gegen Menschen mit moralischen Ansprüchen Hass und Vorurteile sät.

Wohin der Hass gegen Intellektuelle führt, das haben wir in diesem Land bitter erfahren. Die Absicht von CDU und AfD ist, die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten zu behindern und stattdessen ein seichtes, kritikloses, stromlinienförmiges Privatfernsehen auszubauen. Stahlknecht richtet sich selbst, wenn er immer mehr mit der rechtsradikalen AfD turntelt und sich am liebsten mit den Braunen ins Bett legen würde. Jedenfalls muss festgestellt werden, dass die CDU in Sachsen-Anhalt von rechten Protagonisten durchsetzt ist. Das ist genau die gleiche CDU, die die Älteren unter uns noch aus den frühen 70er-Jahren kennen und die von deutscher Leitkultur schwärmt.

Der Union insgesamt wäre anzuraten, endlich einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der AfD zu verwirklichen. Es ist einfach unerträglich, wenn im dreißigsten Jahr der Vereinigung Deutschlands gesamte Landesverbände der CDU im Osten mit den Braunen sympathisieren. Die CDU in Magdeburg verhindert systematisch die antifaschistische Glaubwürdigkeit der gesamten CDU. Man wird gespannt sein können, ob das Thema auf dem Bundesparteitag der CDU im Januar diskutiert wird und die Rechtsausleger zur Raison gebracht werden.

Der vordergründige Streit um die Rundfunkgebühren ist ein Lehrstück über die Nähe von Rechtsextremen und Strukturkonservativen übrigens nicht nur in Sachsen-Anhalt.

Manfred Kirsch, Neuwied

Diskussion: frblog.de/stahlknecht



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20201207.

Außerdem:

Homeoffice-Tagebuch - Tag 270
Ist die A49 heute noch legitim?
Wo bleibt der Öko-Protest?
Die AfD stört, auch im Bundestag
„Querdenken“ und Nachdenken
Zwei Prozent für Rüstung
Übersicht: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Bascha Mika ist zu Gast in der Mittagssendung „Der Tag“ auf Deutschlandfunk Kultur. Es geht im Gespräch um die aktuellen Themen des Tages.
Dienstag, 8. Dezember, 12 Uhr

Andreas Schwarzkopf spricht mit Felix Anderl von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung über „Corona und Ernährungssicherheit“. Sie können das Gespräch verfolgen und mitdiskutieren im Youtube-Kanal boell-hessen.de/YouTube
Mittwoch, 9. Dezember, 19 Uhr

Stephan Hebel moderiert in der Reihe „Der utopische Raum“ die Diskussion zum Thema „Ausgeliefert? Internationaler Warentransport und globale Arbeitsteilung“. Mit Nelly Grotefend (Forum Umwelt und Entwicklung, Berlin) und Thomas Rudhof-Seibert (Medico international). im Livestream unter youtu.be/mlCgiHTsvUE.
Donnerstag, 10. Dezember, 19 Uhr

Kein Aufschrei

Anschlag auf Atomexperten: „Wohl von langer Hand geplant“, FR v. 30.11.

Bei dem jüngsten Anschlag im Iran wurde der Atomwissenschaftler Fachrisadeh getötet. Es war der nächste Anschlag auf eine hochrangige Persönlichkeit im Nahen Osten. Als weitere Gräueltaten bleiben der Mord an dem Journalisten Kashoggi in Saudiarabien in Erinnerung, sowie die Ermordung des iranischen Generals Soleimani durch eine Drohne der USA.

Erstaunt bin ich über die Reaktionen in der EU, insbesondere in Deutschland. Kein Aufschrei, keiner unserer Politiker verurteilt diese Gräueltaten oder lässt seine Abscheu erkennen. Sie mahnen zur Besonnenheit und warnen vor einer Eskalation. Keine Verurteilung der Täter, die in den USA bzw. Israel zu suchen sind, oder gar die Androhung von Sanktionen. Im Gegensatz zu dem Attentat auf den russischen Oppositionspolitiker Nawalny. Hier waren sich alle einig, verurteilten Russland auf das Heftigste, drohten mit Sanktionen bzw. der Abkehr von Nord Stream 2. Eine verkehrte Welt, die zeigt, welche moralische „Gerechtigkeit“ wir von unseren führenden Persönlichkeiten erwarten können. Es gilt der Grundsatz: Verbündete Staaten verurteilt man nicht.

Manfred Christmann, Frankfurt

Zerschlagung der Kraken

Zur „Kontrolle über unsere Daten“, FR-Wirtschaft vom 28. November

Sahra Wagenknecht stellt in ihrem Gastbeitrag die Macht der großen Datenmonopole sehr gut dar. Einen wichtigen Aspekt vermisste ich jedoch. Unsere persönlichen Daten werden ausgewertet, unter anderem um bei Kaufentscheidungen zu helfen. Es ermöglicht aber auch die Bevölkerung politisch zu beeinflussen und zu manipulieren – eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Zu Recht fordert Wagenknecht daher eine demokratische Kontrolle bzw. Zerschlagung der Datenkraken.

Dietrich Klingmüller, Bonn

Wir sind zuversichtlich

Zur „Abrüsten statt aufrüsten“, FR-Meinung vom 3. Dezember

Welch ein Durchhaltevermögen hat Willi van Ooyen, den auch nach Jahrzehnten der Führung der Friedensbewegung noch nicht der Mut verlassen hat und der noch immer sagen kann: „Wir sind zuversichtlich“. Vielen Dank, Willi van Ooyen, fürs immer wieder aufstehen und ermutigen.

Brigitte Heinzmann, Frankfurt

Befriedigung von egoistischen EU-Interessen

Abwanderung aus Rumänien: „Ärztlicher Aderlass“, FR-Politik vom 19. November

Ihr Beitrag über die Abwanderung medizinischen Personals aus Rumänien zeigt, in welche Falle osteuropäische Länder getappt sind, als sie auf die Einlösung des Freiheitsversprechens vertraut haben, das mit dem EU-Beitritt verbunden war. Dieses Versprechen war verknüpft mit der Erwartung, dass diese Länder im Hinblick auf Freiheit und Wohlstand zum Westen aufschließen. Nun aber scheint das Gegenteil der Fall zu sein: Westeuropäische Staaten „buhlen“ um das medizinische Personal, die EU erscheint als Selbstbedie-

nungsladen zur Befriedigung egoistischer Interessen eben dieser westeuropäischen Staaten. Gerade im Hinblick auf die Pandemie – drängt sich die Frage auf, weswegen die medizinischen Berufe bei uns „systemrelevant“ sind, in Osteuropa aber offensichtlich nicht?

Zwar muss man die Entscheidung eines jeden Auswanderers respektieren. Die Bereitschaft hierzu wäre aber geringer, wenn es die krassen Einkommensunterschiede nicht gäbe. Um diese einzuebrennen, müsste die EU einen Fonds schaffen, mit

dem das Gehaltsniveau dieser Berufe angehoben werden könnte. Denn der Wegzug des qualifizierten Personals und die damit verbundene Verschlechterung der Lebensbedingungen breiter Bevölkerungskreise zieht zwangsläufig die Abwanderung der nächsten – geringer qualifizierten – Bevölkerungskohorte nach sich. Man sollte sich im Westen nicht wundern, wenn die dort „Zurückgebliebenen“ mit einer Hinwendung zur Vergangenheit und zu neuem Nationalismus reagieren.

Harald Brecht, Hofheim a.St.